

# Danziger Zeitung.

Nr. 18417.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Berlin, 30. Juli.** (Privattelegramm.) Die heutigen Morgenblätter besprechen die Denkschrift sehr günstig. Auch die „Nationalzeitung“ sagt, die Denkschrift werde in den weitesten Kreisen einen günstigen Eindruck machen und manchen bisher noch Widerstrebenden mit der Uebereinkunft ausführen, welche erreicht habe, was auf friedlichem Wege zu erreichen war.

— Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Dresden gemeldet: Durch die Festnahme zweier Falschmünzer, welche auf dem Schießplatz auf der hiesigen Wogelwiese viel falsches Geld verausgabt haben, vermuthet man dem Mörder der im Berliner Thiergarten ermordeten Frau Wende auf der Spur zu sein.

**St. Etienne, 30. Juli.** (W. Z.) Gestern Abend fand in der Grube Pelissier eine furchtbare Explosion schlagender Wetter statt, gerade, als die Nachtschicht in der Grube anlangte. Bisher sind 10 Arbeiter unverletzt, 35 verwundet herausgeschafft. Die Zahl der Todten wird auf 120 geschätzt.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 30. Juli.

### Die Denkschrift über das deutsch-englische Abkommen

ist unmittelbar, nachdem das englische Unterhaus die Helgolandbill endgültig angenommen hatte, im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Daß die Denkschrift — wir bringen ihren Wortlaut in dieser und der nächsten Nummer unserer Zeitung — in sachlicher Hinsicht keine erheblichen Enthüllungen bringen würde, war mit einiger Bestimmtheit vorauszuversagen. Sie faßt aber die Gründe für die Einzelheiten der Abmachung, die ja in den letzten Wochen vielfach discutirt worden sind, übersichtlich zusammen; was um so nützlicher ist, als bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags noch einige Monate vergehen werden. Gleichwohl enthält das Aktenstück mancherlei Mittheilungen, die über den Verlauf der Verhandlungen in England, theils über die weiteren Absichten der Regierung, die von allgemeinem Interesse sind.

Zunächst wird ja jetzt officiell bestätigt, daß die Verhandlungen zwischen dem englischen Delegirten und dem Geh. Reg.-Rath Dr. Krauß in der That resultatlos geblieben waren und daß die Rückkehr Sir Percy Anderfons nach London, welche von angeblich eingeweihter Seite mit dem Wunsche des Unterhändlers, einigen Familiensorgen beizuwohnen, erklärt worden ist, erst erfolgte, nachdem man sich überzeugt hatte, daß auf dem bis dahin eingeschlagenen Wege eine Lösung der Frage nicht zu erreichen sei. Offenbar sind die Verhandlungen erst in Fluß gekommen, nachdem, wie das f. Z. schon an dieser Stelle ausgeführt worden ist, die Frage der Abtretung der Insel Helgoland in den Kreis der Verhandlungsobjecte herangezogen worden war. Damit war die Compensation für die Zugeständnisse gegeben, welche von englischer Seite bezüglich der Abgrenzung der Interessensphäre am Nassafsee und des Protectorats über Sansibar gefordert wurden.

Bemerkenswerth ist übrigens die Methode, der sich die Denkschrift bedient, um die Einwendungen zurückzuweisen, welche gerade von den Freunden der Colonialpolitik bezüglich der Walfischbay, Witu und Sansibars gegen das Abkommen erhoben worden sind. In all diesen Punkten ist die Denkschrift in der Lage, nachzuweisen, daß die Interessenten, also in erster Linie die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft, die Stellung, welche die Regierung eingenommen hat, im Voraus gebilligt haben. Den befriedigenden Eindruck, den die Denkschrift auch auf diejenigen Kreise machen wird, welche der Colonialpolitik bisher mehr oder weniger feindselig gegenübergestanden haben, wird noch verstärkt durch die Andeutungen über die weiteren Absichten der Regierung, namentlich bezüglich des ostafrikanischen Küstengebietes.

Welcher Art die unmittelbare Reichsverwaltung sein soll, welche die Regierung einzurichten beabsichtigt, ergibt sich aus dem Hinweis auf Neu-Guinea. Die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes soll ausschließlich der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft überlassen werden, wie das schon aus der unlängst im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Notiz geschlossen werden konnte. Die Erwartung, daß diese Gesellschaft in Stand gesetzt werde, der Zuschüsse seitens des Reiches entbehren zu können, wird sich hoffentlich bald erfüllen. Daß bei dieser in Aussicht genommenen Organisation des Küstengebietes für eine Thätigkeit, wie sie bisher der Reichscommissar v. Wissmann entwickelt hat, kein Raum mehr ist, liegt auf der Hand. Die Ausführungen über den Werth der Insel Helgoland für Deutschland bestätigen, daß die Zurückhaltung, welche seitens der Regierung bisher in dieser Beziehung geübt worden ist, nicht auf einer Unterschätzung dieses Tauschobjectes, sondern auf dem naheliegenden Wunsch basirte, die Annahme der Helgolandbill im englischen Parlament zu erleichtern. Auf der anderen Seite läßt die Denkschrift erkennen, daß die Befürchtung, daß Veranlassungen zur militärischen und maritimen Verwerthung der Insel ungezählte Millionen verschlingen würden, erheblich übertrieben waren.

### Das Rentengütergesetz.

Die „Allg. Ztg.“ ist unzufrieden, daß die freisinnigen Blätter in dem Rentengütergesetz eine Rückkehr zum Mittelalter sehen. Hinter dem

Mißbrauch des Schlagwortes „Mittelalter“ verberge sich ein offener Mangel an politischem Verständniß der Geschichte. „Man vergesse doch nicht“, fährt das Blatt fort, „daß auch der Glanz der Kaiserkrone aus jener Zeit am hellsten herüberleuchtet, in der die Erbpacht als erster Keil in die Hörigkeitsverhältnisse eindrang, und zwar mit dem Erfolge, daß dank dieser Rechtsform deutsche Thakraft und Fähigkeit uns zum ersten Mal den Osten und Nordosten des heutigen Reichsgebietes durch bauerliche Arbeit erschloß und angliederte.“

Gehr gut gesagt. Aber gerade der Umstand, daß die „Erbpacht“ den Uebergang aus dem Hörigkeitsverhältnis in das des freien Bauernstandes vermittelte, beweist, daß für uns die Rückkehr zur Erbpacht der erste Rückschritt nach dem „Mittelalter“, zur Wiederherstellung der „Hörigkeit“ sein würde.

### Die Entschädigung an den Sultan von Sansibar.

In einer Zuschrift an die „Post“ wird anläßlich der Frage der Entschädigung des Sultans von Sansibar für die Abtretung des Küstengebietes die Behauptung aufgestellt, der Vertrag verpflichte, England für die Ausführung dieser Stipulation in der Weise einzutreten, daß, falls eine Verfindung über die Höhe der Entschädigungssumme nicht zustande komme, der ganze Vertrag hinfällig werde. Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Erklärung praktisch wird, da der Einfluß Englands völlig hinreichen dürfte, den Sultan in der Geldfrage einem „billigen“ Ausgleich zugänglich zu machen. Der Wortlaut des Artikels XI. des Vertrages verpflichtet England nur, seinen ganzen Einfluß auszuüben, um das Zustandekommen eines freundschaftlichen Uebereinkommens zwischen Deutschland und dem Sultan von Sansibar zu erleichtern. Die Möglichkeit, daß England die Schutzherrschaft über Sansibar übernimmt, ehe die Abtretung der Küste an Deutschland erfolgt, steht der Vertrag sogar ausdrücklich vor. Die Abtretung der Küste ist also nicht die Voraussetzung für das englische Protectorat.

### Nachrichten von Emin Pascha.

die anscheinend nicht günstig sind, sind durch eine Karawane aus dem Innern Afrikas nach der Küste gelangt. Der „W. Ztg.“ wird aus London eine Nachricht der „Times“ aus Sansibar vom 28. d. M. übermittelt, nach welcher der französische Bischof Leveillé nach einer beispiellos kurzen Reise von 46 Tagen vom Südbende des Victoria-Sees dorthin zurückgekehrt ist. Seine Karawane begegnete unterwegs Emin, der unpaßlich war. Einige seiner Officiere waren gefährlich krank.

Die Frage der internationalen Schiedsgerichte wurde gestern im englischen Unterhause gestreift. Der Abgeordnete Summers fragte an, ob die Regierung mit Deutschland in Unterhandlung stehe wegen der Unterbreitung etwaiger aus dem englisch-deutschen Abkommen entstehender Streitigkeiten zur Entscheidung durch einen Schiedspruch, und ob die Regierung entsprechende Artikel über einen Schiedspruch in die mit Frankreich und Portugal beabsichtigten Verträge aufnehmen gedenke. Der Unterstaatssecretär des Auswärtigen Fergusson erwiderte, die englische Regierung könne eine solche allgemeine Verpflichtung nicht eingehen; bei mehreren Fällen habe die Regierung in der jüngsten Zeit ihre Bereitwilligkeit gezeigt, einzelne speciell Fragen einem Schiedspruch zu unterwerfen, es könnten aber Differenzen vorkommen, in denen unveräußerliche englische Rechte angegriffen würden, die England nicht als offene Fragen einem Schiedspruch unterbreiten könne.

### Das englisch-französische Uebereinkommen

soll, nach einem Londoner Telegramm der „Post“, bereits am Montag abgeschlossen sein. Dasselbe soll, nach dieser Quelle, sieben Artikel umfassen. Der 1. Artikel betrifft die englisch-deutsche Convention und den französischen Bericht auf die Clauseln der Convention vom Jahre 1862 über Sansibar. Der 2. erkennt das französische Protectorat über Madagaskar an und constatirt das absolute Recht der französischen Regierung, den Consul der auswärtigen Mächte das Exequatur zu erteilen. Der 4. und 5. verpflichten England, das alle ihm durch Verträge garantierten Gebiete von Sierra Leone bis Kamerun behält, seine Einflussphäre nicht über den Benuéfluss hinaus auszudehnen. Das Haupland wird dadurch dem Einflusse beider Mächte entzogen. Der 6. stellt als Grenze der beiderseitigen colonialen Ausdehnung eine Zone zwischen Voni und Rouka fest. Frankreich behält nur das Recht, Verbindungswege zwischen Algier und dem Senegal und Sudan herzustellen und mit den Eingeborenen Handel zu treiben, besonders mit den Sultanen von Ahr und von Borun; auch Sulaland ist in die französische Interessensphäre einbezogen. Der 7. bestimmt über die in der Aniebung des Nigers liegenden Territorien und über verschiedene untergeordnete Punkte, deren Regelung einer Grenzcommission vorbehalten bleibt.

Dagegen berichtet Wolfs Telegraphen-Bureau aus Paris: Die Meldung, das französisch-englische Uebereinkommen sei bereits unterzeichnet worden, wird von zuständiger Seite dementirt. Die Verhandlungen nehmen ihren regelmäßigen Gang.

### Eine italienische „ostafrikanische Handels-gesellschaft“.

Wie die Mailänder „Perseveranza“ meldet, ist die italienische Regierung entschlossen, binnen allerhöchster Zeit eine große ostafrikanische Handels-gesellschaft mit einem Kapital von 20 Millionen

ins Leben zu rufen. Der italienische Staat werde die Garantie für die Verjüngung und Amortisation übernehmen und die Gesellschaft die unter italienischem Schutz stehenden ostafrikanischen Küstengebiete verwalten. Die Küstenlinie, um welche es sich hierbei handelt, erstreckt sich vom Cap Beduin bis Rismaja, 1200 Kilom. lang.

### Die Revolution in Argentinien.

Nach den gestern mitgetheilten letzten Nachrichten von Montag Nachmittag war ein Waffenstillstand zwischen den Truppen der Regierung und den Insurgenten abgeschlossen und die Vertreter der auswärtigen Mächte bemühten sich, eine Verständigung herbeizuführen; auch sollte Aussicht auf die Bildung eines Versöhnungsministeriums vorhanden sein. Die Sache ist aber nach den heute vorliegenden Nachrichten anders gekommen. Präsident Celman, gegen den sich der von der „Union civica“ organisirte Aufstand hauptsächlich gerichtet hatte und der deshalb bei dem Beginn der Feindseligkeiten geflohen war, war am Montag Nachmittag in den Regierungspalast zurückgekehrt und hatte aus Rio Quarto erhebliche Truppenverstärkungen erhalten. Er verlangte nun unbedingte Unterwerfung der Insurgenten. Nach einem Telegramm der „Times“ rüstete man sich auf beiden Seiten zu einer Erneuerung des Kampfes. Nach einem Telegramm, das gestern Unterstaatssecretär Fergusson im englischen Unterhause verlesen hat, waren aber bis Montag Nachmittag 6 Uhr die Feindseligkeiten nicht erneuert; die Unterhandlungen wegen Capitulation der Insurgenten dauerten fort; die Bedingungen der Regierung waren noch nicht angenommen.

Eine amtliche Meldung der argentinischen Regierung nach Paris behauptet dagegen, daß sie bereits am Montag Nachmittag 2 Uhr den Aufstand vollständig unterdrückt habe.

Nach der letzten Nachricht, die über Rio de Janeiro kommt, soll gestern Nachmittag in Buenos-Ayres der Congreß zusammengetreten sein. Das Telegramm lautet:

**Rio de Janeiro, 30. Juli.** Reuters Bureau wird aus Buenos-Ayres vom 29. d. gemeldet: Nachmittags ist der Congreß zusammengetreten.

Nach einer kurz vor Schluß der Redaction eingehenden Meldung ist die Revolution beendet:

**London, 30. Juli.** (W. Z.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Buenos-Ayres haben die Insurgenten den Kampf wegen Mangels an Munition eingestellt. Der Aufstand ist vollständig unterdrückt. Eine allgemeine Amnestie ist proclamirt.

## Die Denkschrift über die Beweggründe zu dem deutsch-englischen Abkommen.

welche der gestrige „Reichsanzeiger“ bringt, führt in der Einleitung aus, daß sowohl im Interesse des allgemeinen Friedens, wie auch im Interesse unserer eigenen überseeischen Politik es sich als sehr wünschenswerth herausgestellt, etwaigen, für beide Reiche unliebsamen Differenzen durch einen Vertrag vorzubeugen. „Im einzelnen“ — fährt dann die Denkschrift fort — „waren dabei folgende Erwägungen maßgebend gewesen:

### I. West- und Südwest-Afrika.

Das deutsche Togogebiet, welches reich an cultur-fähigem Land ist und fast alle tropischen Producte hervorbringt, kann in Zukunft ein ergiebiges Feld für den Betrieb von Plantagen bieten. Die in dieser Beziehung eingeleiteten Unternehmungen befinden sich in besten noch in den ersten Anfängen. Von Bedeutung ist einstweilen allein der Handelsverkehr, welcher eine erfreuliche Entwicklung genommen hat. An dem nur wenige Meilen langen Küstestreifen von Lome bis Klein-Popo sind 11 europäische Firmen angefallen, welche in der Zeit vom 1. April 1888 bis 31. März 1889 einheimische Producte — namentlich Palmöl, Palmkerne, Gummi, Eisenblech, Erdnüsse — im Werthe von 1 900 000 Mk. ausgeführt haben und deren Einfuhr nach Togo sich in der gedachten Zeit auf einen Werth von zwei Millionen Mark bezieht hat. Der gedachte Verkehr wurde durch 112 Schiffe, welche die Rheide von Klein-Popo anliefen, vermittelt. Für das Jahr 1889/90 liegen genaue statistische Nachrichten noch nicht vor; nach dem Ergebnis der Zoll-einnahmen darf aber erwartet werden, daß der Handelsverkehr sich auch in diesem Zeitraum, mancher ungünstig wirkender Verhältnisse ungeachtet, ungefähr auf gleichem Niveau wie im Vorjahre gehalten hat.

Bei der räumlich geringen Ausdehnung des Schutzgebietes, welches im Osten durch französisches und im Westen durch englisches Gebiet begrenzt wird, ist für Weiterentwicklung des Handels in Togo der Verkehr mit dem Hinterlande von größter Bedeutung. Um das in gerader Linie hinter dem Togogebiet liegende Hinterland zu erschließen und dem Handel zu erschließen, ist seiner Zeit im Abellande die Station Nismarchsburg angelegt worden. Von dort aus sind freundliche Beziehungen mit den umliegenden Eingeborenen-Stämmen angeknüpft und auch in anderer Beziehung (Beförderung der Gummi-Gewinnung etc.) Erfolge erzielt worden. Wichtiger als diese Gebiete sind aber die nordwestlich von der deutschen und hinter der englischen Interessensphäre gelegenen Gegenden von Salaga, Jendi und Gambaga, welche theils von heidnischen, theilweise aber auch schon von mohamedanischen Völkern bewohnt sind. Von dort aus findet schon jetzt ein reger Karawanenverkehr nach der Küste statt. Den Berichten des deutschen Forschungsreisenden (Hauptmann v. François und Dr. Wolf) zufolge ist der Handel nach jenen Gegenden aber einer weiteren sehr erheblichen Steigerung fähig. Namentlich kommt in dieser Beziehung die Stadt Salaga in Betracht, welche einerseits den Mittelpunkt für die aus dem Innern Afrikas und den Gegenden des oberen Niger kommenden Karawanen und den Stapelplatz für die Producte jener Gegenden bildet, auf deren Markt andererseits aber auch für europäische Artikel reichlicher Absatz geboten ist. Um jene Gegenden dem deutschen wie dem

englischen Unternehmungsgeist nutzbar zu machen, ist in dem im Jahre 1888 mit England abgeschlossenen Abkommen vereinbart worden, daß dieselben neutral bleiben sollen, und daß in dieser neutralen Zone keine der beiden Mächte Hoheitsrechte erwerben darf. Jedemfalls würde Deutschland Unternehmungen gegenüber, welche diese Neutralität berühren könnten, auf Grund der von dem Hauptmann v. François geschlossenen Schutzverträge das Recht der Priorität zu beanspruchen haben.

Wenn durch diese Maßnahmen dafür Sorge getragen ist, dem Handel von Togo weite Gebiete offen zu halten, so hat es sich aber weiter als nöthig erwiesen, auch dafür Vorkehrungen zu treffen, daß eine bequeme und sichere Verbindung zwischen Salaga und dem deutschen Schutzgebiete hergestellt wird. In dem vorher gedachten Abkommen vom Jahre 1888 waren die Gebiete am unteren und mittleren Laufe des Volta zwischen den beiden Mächten nach Landchaften getheilt; Deutschland waren die Landchaften von Keme, Tame, Agotime und das Gebiet nördlich von Crepi (Peki) zugesprochen, während England die Landchaften von Aquamu und Crepi erhalten hatte. Als bald aber ergaben sich Zweifel über die Ausdehnung jener Landchaften. Namentlich bezüglich des Gebiets von Peki standen sich die Angaben schroff gegenüber, indem die einen dasselbe dicht über dem Orte Peki endigen ließen, während andere nicht nur die Stadt Apandu, sondern auch die Gebiete von Inkonja und Buem für Theile von Crepi erklärten. Diese Verhältnisse schlossen eine doppelte Gefahr für den deutschen Handel in sich. Die Unsicherheit der Grenzen in Verbindung mit dem seit langen Jahren von England geübten Einfluß hatten zur Folge, daß in den streitigen Grenzbezirken jeder Verkehr mit den deutschen Küstenplätzen von den Eingeborenen vermieden wurde. Schlimmer aber war, daß die Karawanenstraße aus der oben erwähnten neutralen Zone durch den streitigen Theil von Crepi und namentlich über Apandu führte, und daß die Karawanen, von der Stimmung der dortigen Eingeborenen beeinflusst, von dem gedachten Ort aus ihren Weg nicht mehr wie früher nach dem im deutschen Gebiet gelegenen Lome, sondern nach dem britischen Theil der Küste nahmen. Durch das neue Abkommen werden beide Gefahren beseitigt, die in demselben festgesetzte Grenzlinie ist leicht an Ort und Stelle festzulegen; überdies aber entspricht sie den deutschen Interessen und Wünschen, indem nunmehr die Karawanenstraße von Salaga, Jendi, Lome, lediglich deutsches Gebiet berührt und somit der von Alters her bestehende directe Verkehr von dort nach Lome gesichert ist. Die Herstellung einer anderen Verbindung nach der neutralen Zone wäre, wenn überhaupt in den nächsten Jahren erreichbar, mit vielen Mühen und Opfern verknüpft gewesen. Für die Entwicklung des Handels im Togogebiet ist daher die durch das Abkommen herbeigeführte Grenzreparatur ein namhafter Vortheil. Auch ist nicht zu verkennen, daß dieser Vortheil wesentlich einer britischen Concession zu verdanken ist, denn es kann nach dem vorgebrachten Material kaum einem Zweifel unterliegen, daß die früher in Aussicht genommene Untersuchung an Ort und Stelle sicher bei Apandu, wahrscheinlich aber auch bei Buem und Inkonja die Zugehörigkeit zu der England zuerkannten Landchaft Crepi ergeben hätte.

In Kamerun ist der Boden ähnlich wie in Togo zur Erzeugung fast sämtlicher tropischen Producte geeignet. Der Plantagenbetrieb hat hier bereits eine größere Entwicklung genommen, indem auf den Plantagen der Kamerun-Land- und Plantagen-Gesellschaft und der Tabakbau-Gesellschaft Kamerun erfreuliche Resultate mit Tabak erzielt worden sind. Auch mit dem Anbau von Banille und Cacao sind erfolgreiche Versuche gemacht. Ebenso wie in Togo tritt aber auch hier der Plantagenbetrieb gegen die Bedeutung der Handelsunternehmungen weit zurück. Der Handel von Kamerun liegt in den Händen von 9 Firmen, darunter 2 großen deutschen Kaufmann. Factoreien dieser Unternehmungen sind auf einzelne Punkte des Südens und des Nordens des Schutzgebietes vertheilt.

Die Hauptausfuhrartikel bilden Palmöl, Palmkerne, Kautschuk und Eisenblech. Die Einfuhrartikel sind sehr verschiedener Art; eine Uebersicht, aus welcher sich die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. December v. J. importirten Gegenstände und deren Mengen ergeben, ist in dem „Deutschen Colonialblatt“ Nr. 1 auf Seite 4 veröffentlicht. Die Zölle, mit welchen die Einfuhr von Spirituosen, Waffen, Pulver, Salz und Reis belegt ist, ergaben einen Ertrag

in dem Etatsjahr 1888/89 von 191 844,42 Mk.

1889/90 „ 200 525,91

Der Ein- und Ausfuhrverkehr wurde vermittelt,

im Jahre 1887 durch 81 Schiffe,

„ 1888 „ 97

„ 1889 „ 82

Ein wesentliches Hinderniß für den Handel in Kamerun hat bisher der von den Eingeborenen an der Küste betriebene und monopolisirte Zwischenhandel gebildet. Der Süden ist dieses Monopol zum großen Theil durch die Expeditionen des Hauptmanns Kundt und des Lieutenanten Morgen durchbrochen, im Norden ist hierin durch die letzte Expedition des Dr. Zingraff, welcher bis nach Adamua hinauf in den Eingeborenen Beziehungen angeknüpft hat, wenigstens ein Anfang gemacht. Ist der Zwischenhandel erst völlig beseitigt und der Verkehr auch mit dem weiter entfernten Hinterlande frei, so darf auf eine recht erhebliche Hebung des Handels von Kamerun gehofft werden. Die in dem neuen Abkommen getroffene Bestimmung, daß der Durchgangsverkehr zwischen den beiderseitigen Gebieten und dem Tschadsee frei sein und keinen Transitabgaben unterliegen soll, dürfte sich alsdann als äußerst nützlich für Kamerun erweisen. Durch dieselbe wird, auch wenn englische Unternehmungen in jenen Ländern Deutschland zuvorkommen sollten, dem Handel unseres Schutzgebietes der freie Verkehr mit den in diesen Gegenden angesiedelten reichen mohamedanischen Völkern offen gehalten. Was die in dem Verträge getroffene Bestimmung über die Nordgrenze des Kamerungebietes (von der See bis zu den Rapids des Croßflusses) betrifft, so haben hier definitive Bestimmungen nicht erfolgen können, weil der königl. großbritannischen Regierung die Ergebnisse der vor kurzem an Ort und Stelle vorgenommenen englischen Vermessungen noch nicht zugegangen waren. Für Kamerun kommt es indeß bei der vorliegenden Frage fast allein darauf an, ohne Aufgabe von werthvollem Land eine Grenze zu halten, welche eine leichte und wenig kostspielige Zollüberwachung gestattet. Dieses Bedürfnis hat bei den Verhandlungen volle Beachtung gefunden, und es ist demnach zu erwarten, daß sich wegen der definitiven Grenzregulierung leicht eine entsprechende Vereinbarung erreichen lassen wird.

Das südwest-afrikanische Schutzgebiet zeigt einen



wesentlich anderen Charakter als die Schutzgebiete von Kamerun und Togo. Einen Flächenraum von 15 000 bis 20 000 deutschen Quadratmeilen umfassend, ist das zur deutschen Interessensphäre gehörige Gebiet von etwa 150- bis 160 000 Tausend Eingeborenen und 400 bis 500 Weißen bewohnt. Der Handelsumsatz hat sich demgemäß bisher in bescheidenen Grenzen gehalten, und eine erhebliche Entwicklung desselben ist auch erst bei dichter Besiedelung des Schutzgebietes zu erwarten.

Aussichten für die Zukunft eröffnet das Gebiet in doppelter Richtung. Einmal sind vom Norden bis zum Süden der Interessensphäre, vom Kaoko-See bis zum Gebiete der Bondezwarts zahlreiche Funde von Gold und anderen Metallen (namentlich Kupfer) gemacht worden. Allerdings ist das Vorkommen von Gold in abbaubarer Gestalt bisher noch nicht völlig erwiesen. Die Verschiedenheit von einzelnen Unternehmern angestellten Nachforschungen und gemachten Funde geben noch kein abgeschlossenes und zweifelloses Bild. Wenn man aber die Entwicklung der Goldgebiete in Transvaal betrachtet und wenn man die Kürze der Zeit, in welcher die Forschungen nach Metallen in dem deutschen Gebiete stattgefunden haben, sowie die nicht immer zureichenden Mittel in Erwägung zieht, so liegt kein Grund vor, einen vielleicht recht bedeutenden Erfolg für die Zukunft auszusprechen. Zur Ausforschung und Ausbeutung des Mineralreichtums des Landes haben sich deutsche und englische Gesellschaften gebildet.

Weiter ist das Schutzgebiet namentlich in denjenigen Theilen, welche sich vom Herosland südwärts etwa bis zum 26. Gr. südlicher Breite erstrecken, zur Besiedelung durch deutsche Ackerbauer wohl geeignet. Wenn auch die Fruchtbarkeit des Landes durch Trockenheit beschränkt ist, so kann doch in jenen Gegenden mit Ausnahme des unfruchtbaren Küstensaums Viehzucht betrieben werden, welche den Reichtum des Landes darstellen wird, wenn für die nötigen Transportwege gesorgt und dem Abfuhr ein entsprechender Ausgang geschaffen wird. Zum Ackerbau bieten diejenigen Flusstäler Gelegenheit, welche auch in der heißen Jahreszeit genügende Feuchtigkeit bewahren. Bei dem außerordentlich gesunden Klima wäre hier für eine nach mehreren Tausenden zu bestimmende Zahl von Ansiedlern eine geeignete Unterkunft geboten.

Was die in dem Abkommen mit England bezeichnenden Grenzen zwischen den beiderseitigen Interessensphären betrifft, so waren dieselben bereits durch frühere Verhandlungen festgelegt. Neu ist lediglich die nördlich des 22. Breitengrades vorgenommene Abgrenzung. Bei derselben sind die Interessen des deutschen Schutzgebietes völlig gewahrt, indem demselben der Zugang zum Jambesi-Fluss, welcher für die künftige Entwicklung des Handelsverkehrs von Bedeutung sein kann, gesichert wurde. Andererseits ist den Wünschen der englischen Regierung entgegengekommen, indem das Gebiet des N'Gami-Sees der britischen Interessensphäre überlassen wurde.

Wenn man erwägt, daß englischerseits mit den Eingeborenen jenes Landes Verträge abgeschlossen, während deutscherseits noch keinerlei Beziehungen mit denselben angeknüpft waren, so wird in dem Bericht auf jenes Gebiet, welches nach den neuesten Berichten des Hauptmanns v. François überdies keineswegs wertvoll zu sein scheint, ein Zugeständnis erblickt werden können, welches die deutschen Interessen unberührt läßt und nur dem Affektionsinteresse entgegenkommt, welches England auf diese Gebiete legt.

Von einigen Seiten war der Wunsch, das kleine Gebiet der Walfischbucht ganz an Deutschland abzutreten zu sehen, laut geworden. Es darf hierbei zunächst nicht übersehen werden, daß eine Abtretung des genannten Gebietes nicht durch die großbritannische Regierung allein, sondern nur mit Zustimmung der Kapkolonie vorgenommen werden konnte. Da die kaiserliche Regierung außer Stande war, der Kapkolonie irgend welche Compensationen zu bieten, so war ein Zugeständnis der letzteren in dieser Richtung von vornherein ausgeschlossen. Aber auch abgesehen hiervon konnte die kaiserliche Regierung nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß die über den Werth von Walfischbucht landläufigen Vorstellungen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Dem von etwa 20 Europäern bewohnten kleinen Ort wird jumeist ein zweckmäßiger Ausgangspunkt für den Weg in das Innere bilde, der von hier aus sich am kürzesten gestalte. Ist schon letztere Behauptung in ihrer Allgemeinheit fragwürdig, so ist die Ansicht, daß der Hafen ein guter sei, geradezu unrichtig. Schon frühere Veröffentlichungen hatten klar gelegt, daß der Hafen allmählich verlandet. Die neueste vom 22. Juni d. J. datirte Mitteilung des kaiserlichen Ober-Commandos der Marine bestätigt dies, indem sie sagt: „Was die Bucht anbetrifft, so verändern sich die Tiefen in derselben fortwährend und hat man jetzt schon auf 1,5 Seemeilen Entfernung vom Lande nur noch 6 Meter Wasser. Die Halbinsel selbst ist an einer Stelle bereits ganz fortgespült, jedoch sind die Tiefen an dieser Stelle noch so gering, daß selbst Boote die Passage unmöglich ist.“

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß der Hafen von Angra Pequena erheblich besser ist als der von Walfischbucht. Ein Vergleich der Lage beider Häfen zu dem deutschen Schutzgebiet entbehrt so lange jeder Grundlage, als sich noch nicht annähernd übersehen läßt, welche Richtung die Entwicklung dieses Gebietes überhaupt nehmen wird.

## II. Witu.

Die deutsche Schutzherrschaft in dem ostafrikanischen Küstengebiet nördlich von Tana erstreckte sich von der Nordgrenze der noch zur englischen Interessensphäre gehörigen Districten Ripini und Rau am linken Ufer des N'Gami-Sees bis zur Südgrenze der zu Zanzibar gehörigen Station Rismaju. Der südliche Theil dieser Küste untersteht dem Sultan von Witu. Von den davor gelagerten Inseln gehört Camu anerkanntermaßen dem Sultan von Zanzibar. Die Inseln Manda und Patta beansprucht er ebenfalls; sein Anspruch war aber bisher weder von Deutschland noch von England anerkannt worden. Beide Mächte hatten sich vielmehr hierüber weitere Verhandlungen vorbehalten. Das Gebiet, über welches der Sultan von Witu thatsächlich die Herrschaft übt, hat nach dem Innern zu nur eine mäßige Ausdehnung. Die Grenzen sind nach dieser Seite hin nicht näher bestimmt, wie auch in dem nördlichen Theil der unter deutschen Schutz gestellten Küste eine Abgrenzung des Schutzgebietes nach dem Innern zu nicht stattgefunden hat. Bei Entgegennahme der Anzeige von der Uebernahme dieses Theiles der Küste in den deutschen Schutz hatte die großbritannische Regierung der kaiserlichen Mitteilung von dem Bestehen zahlreicher älterer Verträge gemacht, welche die britisch-afrikanische Gesellschaft mit Eingeborenen im Hinterlande abgeschlossen habe. Diese Verträge betreffen namentlich Gebiete am linken Ufer des Mittellaufes des Tana.

Den Bitten um Gewährung des deutschen Schutzes, welche der Sultan von Witu und andere benachbarte Häuptlinge an die kaiserliche Regierung richteten, hatte diese sich im Hinblick auf die Möglichkeit einer glücklichen Entwicklung der dortigen deutschen Interessen nicht wohl entziehen können. Die Aussichten auf eine solche Entwicklung aber waren von vornherein davon abhängig — und darüber hat unter den deutschen Theilnehmern von Anfang an kein Zweifel bestanden —, daß die Ansprüche des Sultans von Witu auf die Inseln Manda und Patta sich gegenüber denen des Sultans von Zanzibar als besser begründet erweisen würden, oder, wenn dies nicht der Fall, daß es dem hauptsächlich an der Erschließung des Witulandes interessierten deutschen Unternehmen gelingen würde, von dem Sultan von Zanzibar die Verwaltung der Inseln pachweise zu erhalten. Keine dieser Voraussetzungen hat sich indessen verwirklicht. Bei näherer Prüfung des Sach- und Rechtsverhältnisses bezüglich der vorgenannten Inseln war die Ueberzeugung nicht abzuweisen,

daß der über deren staatliche Zugehörigkeit prolocierte Schiedsspruch ungünstig für den Sultan von Witu und somit für die deutschen Theilnehmern ausfallen würde. In der Bewerbung um die Pacht der Böde auf den Inseln kam die britisch-afrikanische Gesellschaft in geschickter Benützung der Verhältnisse dem deutschen Unternehmen zuvor.

Dem deutschen Einfluß würde hiernach nur der Restenrich in der oben angegebenen Begrenzung verblieben sein, ein Gebiet, welches inmitten einer fremden Interessensphäre und abgeschnitten von dem Centrum der deutsch-afrikanischen Bewegung die Bedingungen einer selbständigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung entbehrt.

Die Bevölkerung, vorwiegend vom Stamm der Suaheli, hat ihre Interessen theils auf den Inseln, theils auf dem Festlande. Auf dem letzteren fehlt es an einer von sämtlichen dortigen Stämmen anerkannten einheitlichen Autorität, welche um so nöthiger wäre, als das Andringen der Somali von Norden her eine stete Beunruhigung für die Küste bildet. Zur Herstellung eines wirksamen Schutzes nach außen und geordneter Zustände im Innern besitzt das Land nicht die erforderlichen Einnahmequellen, da die Bevölkerung wenig zahlreich ist, die landwirtschaftliche Production nur den eigenen Bedarf deckt und die Ausfuhrprodukte des Hinterlandes im Wege der Zoll-erhebung zu diesem Zwecke nicht herangezogen werden können, weil sie, um zur Küste zu gelangen, das fragliche Gebiet nicht berühren. Die Hauptvermittler des Verkehrs zwischen dem Innern und der Küste sind die Wasserstrassen des Tana und des Juba, die beide außerhalb des unter deutschem Schutz befindlichen Küstengebietes münden. Was an Landes-erzeugnissen auf ihnen bis zur Mündung gelangt, wird dort von den Küstenfahrern übernommen, für die Camu den Hauptzielpunkt bildet. Der Hafen am Ausfluß des Scheri, der einzige an diesem Theil der Küste, hat nur eine untergeordnete Bedeutung für den Verkehr. Der Ausbau der an sich als Hafen werthvollen Mandabucht würde nur für diejenige Macht in Frage kommen können, welche im Besitze der Inseln ist und den Zugang beherrscht. Es ergibt sich hieraus, daß bei dem Mangel an Karawanen-straßen die Aussichten, den Export über dieses Küsten-gebiet zu lenken, nur gering sind. Eben so wenig wird man sich von einer Entwicklung der landwirtschaftlichen Production Erfolg versprechen können. Die deutscherseits angestellten Versuche mit dem Anbau von Handelsgewächsen sind zwar an sich nicht fehlgeschlagen. Der Ausbeutung dieser Betriebsart steht indessen der Mangel an Arbeitern entgegen. Ob die Viehzucht, welche den Haupterwerbszweig der streitbaren Hirten-völker im Hinterlande bildet, einer höheren Entwickelung fähig ist, darüber lassen sich bei den spärlichen Nachrichten über die Bodenbeschaffenheit daselbst nur Vermuthungen aufstellen.

Bei dieser Sachlage war zu erwägen, ob für die kaiserliche Regierung noch ein ausreichender Grund bestesse, bezüglich dieses Küstensaums die Verantwortlichkeit einer Schutzherrschaft fernhin zu tragen. Deutsche Interessen sind dort, abgesehen von einigen landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, nur durch das Unternehmen vertreten, welches von den Gebrüdern Denhardt eingeleitet, von der deutschen Witu-Gesellschaft fortgesetzt und neuerdings von der deutsch-afrikanischen Gesellschaft übernommen worden ist. Diesem Unternehmen dient als Grundlage ein von dem Sultan von Witu laut Vertrag vom 8. April 1885 an Clemens Denhardt mit allen Hoheitsrechten abgetretener Landstrich nördlich von Ripini an der Küste im angeblichen Umfang von 25 deutschen Quadratmeilen. Daß das Uebereinkommen mit der großbritannischen Regierung die erworbenen Rechte der deutsch-afrikanischen Gesellschaft vollkommen unberührt läßt, bedarf als selbstverständlich hier nur der Erwähnung.

Im Lichte dieser Erwägungen stellte sich das Recht der deutschen Schutzherrschaft über die Küste von Witu und Somaliland als ein Gegenstand dar, welcher wegen der Lage dieses Gebietes im Anschluß an die englische Interessensphäre für England werthvoller als für uns ist und dessen Aufgabe im Compensationenwege ohne Schädigung der deutschen Interessen — wie von diesen anerkannt ist — gesehen konnte.

## III. Die deutsch-afrikanische Interessensphäre.

Die deutsche Interessensphäre in Ostafrika war nach dem sogenannten Londoner Abkommen vom 29. Oktober/1. November 1886 wie folgt begrenzt:

Im Süden durch den Rowuma-Fluss und im Norden durch eine Linie, welche von der Mündung des Flusses Wanga oder Umbe aus in näher bestimmtem Laufe bis zu demjenigen Punkte am Ostufer des Victoria-Nyanza sich fortsetzt, welcher dem 1. Grad südlicher Breite getroffen wird. Der vor diesem Gebiete liegende Küstenstreifen in einer Breite von 10 Seemeilen war dem Sultan von Zanzibar zugesprochen worden.

Das deutsche Interessengebiet war hiernach im Norden, Süden und Osten fest begrenzt. Dagegen war über die Ausdehnung desselben nach Westen, also nach dem Innern zu, eine Vereinbarung in dem Abkommen von 1886 noch nicht getroffen worden.

Erst Mitte des folgenden Jahres wurde deutscherseits in London erklärt, daß wir bei dem Abkommen von 1886 von der Voraussetzung ausgegangen seien, daß England uns für die Zukunft überhaupt südlich des Victoria-Sees und südlich von Zanzanika- und Nyassa-See freie Hand lassen würde.

Die englische Regierung erklärte ihr Einverständnis mit dieser Auffassung unter der Voraussetzung, daß auch die deutsche Regierung im Rücken der englischen Interessensphäre keine Erwerbungen zulassen werde. Die deutsche Regierung acceptirte dies. In einer von Auswärtigen Amt inspirirten Note des Grafen Hatzfeldt an Lord Salisbury vom 19. August v. J. heißt es in dieser Beziehung:

„In Betreffung dieser Auffassung hat die kaiserliche Regierung bei Gelegenheit einer von deutscher Seite beabsichtigten Expedition zum Entsatz von Emin Pascha ausdrücklich erklärt, daß Uganda, Wadai und andere nördlich des ersten Grades südlicher Breite gelegene Gebiete sich außerhalb des Reiches deutscher Colonialbestrebungen befinden.“

Eine Besitzergreifung von Uganda deutscherseits war hiernach ausgeschlossen.

Deutsche Interessen waren daselbst nie vorhanden gewesen. Nur englische und französische (algerische) Missionare hatten dort einen Einfluß ausgeübt.

Keine Vereinbarung war bisher getroffen einerseits über dasjenige Gebiet im Norden des Zanzanika-Sees, welches zwischen dem Victoria-See und dem Congostaat liegt, und andererseits über dasjenige Gebiet im Süden des Zanzanika-Sees, welches zwischen dem Congostaat im Westen und der Stevenson-straße und dem Nyassa-See im Osten begriffen ist.

Auf das letzte Gebiet legte England ganz besonderen Werth. Nicht nur beruht die Kenntniz dieses Landes im wesentlichen auf den zahlreichen Kreuz- und Quer-zügen, welche David Livingstone, der Wiederentdecker des Nyassa-Sees, daselbst in den Jahren 1866—1869 und 1872—1873 unternommen hat, sondern es hat auch im Anschluß an Livingstones Reisen daselbst die Begründung von Missionsstationen und Handelsunternehmungen stattgefunden. Schon in den 60er Jahren hatte die anglikanische Universitäts-Mission ihr Werk am Schire begonnen und war bis zum Nyassa vorgebrungen, an dessen Ufern sie mehrere Stationen besaß. Noch weiter nördlich als sie ist die schottische freikirchliche Mission vorgebrungen, welche ihre Stationen bis in das Gebiet zwischen Nyassa- und Zanzanika-See vorgeschoben hat, für welche vor etwa 10 Jahren mit erheblichen Kosten und Verlust von Menschenleben eine Verbindung zwischen dem Nyassa- und Zanzanika-See, die sogenannte Stevenson-Strasse, anzulegen versucht wurde.

Handelsgeheimnisse betreibt die „African Lakes Co.“, welche, wie bekannt, noch in letzter Zeit schwere Kämpfe mit den Arabern am Nordrande des Nyassa-Sees zu bestehen hatte. Sowohl die Gesellschaft wie die Missionen besitzen Dampfschiffe auf dem Nyassa-See.

Diese durch britischen Unternehmungsgeist eröffnete

Verbindung, welche durch den Schire, den Nyassa-See und die Stevensonstraße zwischen dem Zanzanika-See und dem Jambesi gegeben war, aufzuheben, konnte sich die englische Regierung umso weniger entschließen, als sie deren Aufrechterhaltung im Interesse der südlich vom Jambesi gelegenen, ihrem Einfluß unterstellten Gebiete für durchaus erforderlich erachtete.

Die kaiserliche deutsche Regierung sah sich umso mehr veranlaßt, diesen berechtigten Wünschen der englischen Regierung entgegenzukommen, als einerseits, soweit bekannt, das Land zwischen dem Nyassa-See und dem Congostaat einen besonderen Werth nicht besitzt, und als andererseits die Verbindung der deutschen Interessensphäre mit dem Congostaat besser und bequemer über den Zanzanika-See herzustellen ist, von welchem aus die Hauptkarawanenstraßen nach der ostafrikanischen Küste führen. Ungleich werthvoller als der Besitz eines größeren Theils am Nyassa-See erschien es, einen möglichst ausgebreiteten Küstenbesitz am Victoria-See für uns zu sichern, welcher die Verbindung mit den reichen und fruchtbaren Gebieten im Norden bildet. Hier, in dem Gebiet zwischen dem Victoria-Nyanza und Congostaat, bestanden keine älteren englischen Interessen, und England hat daher bereitwillig dieses Gebiet als zu unserer Interessensphäre gehörig anerkannt.

War hiernach eine Einigung über die Abgrenzung unseres Gebiets auch im Westen zu Stande gekommen, so erschien es ferner erforderlich, im Osten dem un-natürlichen Zustande ein Ende zu machen, wonach nominell dort der Sultan von Zanzibar herrschte, während thatsächlich die Verwaltung eine deutsche war und der daselbst ausgebrochene Aufstand durch eine deutsche Truppe und durch deutsche Schiffe niedergeworfen worden ist. Die Küste bildet die Basis für das Vordringen ins Innere des Landes. Eine kraftvolle und zielbewusste Verwaltung, eine Erschließung des Landes ist nur möglich, wenn wir, unter Ausschluß fremden Einflusses, unbeschränkte Herren der Küste sind. Um ein greifbares, auch den Eingeborenen verständliches Resultat für die von uns ausgeübte Herrschaft im Lande aufzuweisen, handelte es sich daher jetzt darum, ein Abkommen mit dem Sultan zu treffen, wonach der letztere die Küste von Umbe bis Rovumu nicht nur pachweise, wie dies bereits geschehen, deutschen Interessen weiter beläßt, sondern auch formell an das deutsche Reich abtritt. Erst nach Abtretung der Küste durch den Sultan von Zanzibar kann das Reich, ebenso wie in Neu-Guinea, die unmittelbare Verwaltung übernehmen; denn es ist ausgeschlossen, daß Se. Majestät der deutsche Kaiser als Beauftragter des Sultans von Zanzibar Hoheitsrechte ausübe.

Fassen wir Vorstehendes zusammen, so ergibt sich als Grundgedanke der Vereinbarungen über unseren Ost-Afrika-Besitz das Folgende:

Es kann nicht darauf ankommen, weiter auszugreifen, sondern einen zusammenhängenden Besitz, in dem fremde Einmischung ausgeschlossen ist, zu erhalten, um hier ungehindert auf die ökonomische Entwicklung des Landes, die Verbreitung christlicher Gesittung, die Sicherung der Karawanenstraßen und die Ausrottung des Sklavenhandels hinzuwirken. Den kühnen Männern, welche von Begeisterung getragen, jene weiten Gebiete für Deutschland erworben hatten, gebührt unsere vollste Anerkennung. Aber die Periode des Flaggenhissens und des Vertragsschließens muß beendet werden, um das Erworbene nutzbar zu machen. Es beginnt jetzt die Zeit erster unscheinbarer Arbeit, für welche voraussichtlich auf ein halbes Jahrhundert ausreichender Stoff vorhanden sein wird. Nach Abtretung des Küstenstrichs kann die Regierung aus dem Kriegs-zustand allmählich zu unmittelsamer Reichsverwaltung übergehen und in Gemeinschaft mit der deutsch-afrikanischen Gesellschaft zu friedlicher Arbeit schreiten. Die Regierung hat nun erst die Möglichkeit, ihren Willen, die deutsch-afrikanische Gesellschaft in die Höhe zu bringen, zu betätigen, und die deutsch-afrikanische Gesellschaft wird befähigt werden, die Geld-mittel zu erwirtschaften, welche Reichszuschüsse entbehren können. Es steht zu hoffen, daß die Herstellung klarer Verhältnisse und das Gefühl der Sicherheit unter dem Schutz der Regierung auch dem Kapital einen neuen Antrieb gewähren wird, sich jenen Gebieten zuzuwenden.

Wir gelangen nunmehr zu demjenigen Theil des Abkommens, welcher sich auf die Uebernahme des Protectorats über Zanzibar durch England bezieht.

Der gegenwärtige Zustand, welcher den Sultan von Zanzibar von den Schwankungen eines mehr oder minder offenen Weltrechts zwischen englischen und deutschen Interessen abhängig macht, war unerträglich geworden. Es war notwendig, demselben ein Ende zu machen. Dies war nur in der Weise möglich, daß entweder Deutschland oder England der leitende Einfluß in Zanzibar zugesprochen wurde. Daß England der historischen Entwicklung seiner Stellung zu Zanzibar gemäß hierauf einen größeren Anspruch hatte, als Deutschland, kann wohl nicht zweifelhaft sein. Seit langem bestand zwischen Bomba und Zanzibar eine enge Handelsverbindung; indische Kaufleute — englische Unterthanen — hatten sich in Zanzibar niedergelassen und vermöge ihrer geschäftlichen Gewandtheit bald Reichtum und Einfluß erworben. In politischer Hinsicht war England seit Anfang dieses Jahrhunderts mit Zanzibar in Verbindung getreten. Schon 1822 wurde englischerseits mit Senid Said der erste Vertrag abgeschlossen, durch welchen dieser sich verpflichtete, den Sklavenhandel von seinen arabischen und afrikanischen Besitzungen aus nach dem Auslande zu verhindern. Wie groß um die Mitte dieses Jahrhunderts das englische Ansehen in Zanzibar war, beweist der Umstand, daß, als nach dem Tode Senid Sids im Jahre 1866 zwischen dessen Söhnen ein Streit über die Herrschaft in Zanzibar und Maskat entstand, die Entscheidung der englischen Regierung angefordert wurde. Der General-Gouverneur von Indien, Lord Carnarvon, entschied im Jahre 1861 dahin, daß in Zanzibar Senid Majid, der Vorgänger des bekannten Senid Bargash, als Herrscher verbleiben solle. Sollte überhaupt ein Protectorat über Zanzibar begründet werden, so mußte man sich offen sagen, daß ein deutsches, angesichts der bekannten Declaration vom 10. März 1862, nicht bloß die berechtigte öffentliche Meinung in England, sondern auch die empfindliche öffentliche Meinung in Frankreich gegen sich gehabt hätte. Deutschland hätte einen Erfolg auf diesem Gebiet jedenfalls mit einer Verschlechterung seiner Beziehungen zu England bezahlen müssen und hätte dem beiden erwähnten Staaten einen geeigneten Boden gegenseitiger Annäherung gewährt.

Bei dieser Sachlage einer befreundeten Macht wie England das Protectorat über die Inseln Zanzibar und Pemba zugesprochen, konnte umsoweniger Bedenken haben, als kein Grund zu der Annahme besteht, daß deutsche Firmen und Personen auf der Insel unter englischem Schutz schlecht fahren werden. Derselbe Zustand existirt an vielen Stellen der Welt und, wenn man von nationalen Motiven absteht, zur Zufriedenheit der Deutschen. Freien Schwierigkeiten ein, so werden dieselben auf dem Wege der Verhandlungen mit England, mit welchem wir an wichtigeren Stellen Berührungspunkte haben, leichter beseitigt werden können, als gegenüber einem von unsicheren Händen geleiteten Sultan.

Die Meinung ferner, daß die Insel Zanzibar das Festland beherrsche und aus diesem Grunde für uns unentbehrlich sei, ermanget der Begründung. Diese Meinung ist, geographisch genommen, unhaltbar, da man sonst mit demselben Rechte behaupten könnte, daß etwa Fernando-Po das deutsche Schutzgebiet in Kamerun beherrsche, oder die Insel Bornholm die Küste von Memel sei.

Auch vom militärischen Standpunkt aus läßt sich diese Auffassung nicht rechtfertigen. England würde schon jetzt, falls es sonst ein Interesse hieran hätte, eine ungleich größere Zahl von Schiffen bei Zanzibar stationiren können, als wir. Wir würden dies nicht verhindern können, selbst wenn wir unsrerseits das Protectorat über Zanzibar übernehmen

wollten. Falls England — was außerhalb aller Voraussetzungen liegt — unsere Küste in Ost-Afrika blockiren und, soweit das von den Schiffen aus möglich ist, unsere Küstenplätze angreifen wollte, so dürfte dies auch ohne den Besitz von Zanzibar kaum schwierig sein. Der geräumige Hafen von Mombassa, welcher erst kürzlich ein bedeutendes englisches Geschwader verjüngt sah, würde eine mindestens ebenso vortheilhafte Operationsbasis gewähren, wie die Rhyde von Zanzibar. Hindert Malia, wo England sein größtes und bestes Geschwader unterhält, die Franzosen an der Ausnutzung von Tunis? Warum sollte die Insel Zanzibar in englischen Händen unserer ostafrikanischen Colonie bedrohlicher sein? Dagegen würde für den Fall, daß wir in jenen Gebieten mit einer dritten Macht in Kampf gerathen sollten, eine englische Schutzherrschaft über Zanzibar uns eher vorthellhaft sein können. Eine kräftige englische Neutralität auf der Insel sichert dieselbe vor der Gefahr, im Kriege in die Hände einer dritten Macht zu fallen, was wir selbst nicht durch Schiffe, sondern nur durch Unterhaltung einer Garnison auf Zanzibar unter unverhältnismäßig großem Aufwand zu verhindern im Stande wären. (Schluß folgt.)

## Deutschland.

Berlin, 29. Juli. Aus Wilhelmshaven von heute wird gemeldet: Der Kaiser und Prinz Heinrich begaben sich heute Mittag nach dem Clapellau ins Marinecasino zum Diner, zu welchem die Admirale und Commandanten, sowie die bauleitenden Ingenieure des „Peilkan“, Geh. Oberbaurath Cunot, Marinebaumeister Giese, Geh. Oberbaurath Bauck und Marinebaumeister Nott befohlen waren.

\* Der Reichskanzler v. Caprivi ist heute nach Berlin zurückgekehrt.

\* Ueber den bevorstehenden Besuch des Kaisers Wilhelm in Rußland gehen der „B. C.“ aus Petersburg nachsichende, aus officiellen Angaben geschöpfte Mittheilungen zu: Kaiser Wilhelm wird am Bord der „Yacht „Hohenzollern“ am 16. August im Hafen von Reval, der Hauptstadt der Provinz Esthland, eintreffen und sich am nächsten Tage mit der Eisenbahn nach Narva begeben, wo er von den russischen Manövertruppen in feierlicher Weise begrüßt werden wird. An den nächstfolgenden Tagen wird der deutsche Monarch einer Reihe von militärischen Uebungen beiwohnen, die am 24. August mit einer großen Truppenparade auf der Ebene von Arasnoje-Zelo ihren Abschluß finden werden. Sodann wird der hohe Gast sich mit dem Zaren nach Schloß Peterhof begeben und von dort aus die Rückreise nach Deutschland antreten. Die Nachricht einiger Blätter, daß der deutsche Kaiser auch den in Wolhynien abhaltenden Manövern beiwohnen werde, ist völlig unbegründet.

Wie die „N. A. Z.“ erfährt, wird der Kaiser auf seiner Reise nach Rußland außer von dem Prinzen Heinrich von Preußen auch noch vom Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg begleitet sein, welcher schon früher der russischen Armee als General angehört hat.

\* [Der Besuch des Kaisers Wilhelm auf Helgoland] dürfte, wie man der „Post“ zufolge in unterrichteten Kreisen annimmt, wahrscheinlich auf der Rückfahrt des Kaisers von England erfolgen.

\* [Zu dem Befinden Ihrer Königl. Hoh. der Kronprinzessin Sophie von Griechenland] theilt man der „Kreuzztg.“ aus Athen unter dem 25. Juli mit: Ueber den Gesundheitszustand der erlauchten Wächterin circulirten während der letzten Tage recht widersprechende Meldungen, die zum Theil darauf zurückzuführen sind, daß in dem öffentlichen Leben des hellenischen Volkes leider alles zur Parteiliche gemacht wird. Als Arzt für die Kronprinzessin war seitens des Königs auf Anrathen des Ministerpräsidenten Dr. Sahisko bestimmt worden, was jedoch der Opposition Anlaß zu scharfen Angriffen gegen die Person des Arztes gab. Derselbe gilt in Athen als ein recht geschickter Gynäkologe, doch hatte er seit mehreren Jahren eine Praxis nicht mehr ausgeübt, sondern eifrig am politischen Leben theilgenommen, so daß er auch in die Deputirtenkammer gewählt worden war. Hier gehörte er zu den entschiedensten Anhängern der ministeriellen Partei, und die Opposition erklärte sofort, nachdem er zum Arzt der Kronprinzessin bestimmt war, er sei nur aus Parteilichkeit hierzu berufen worden, und ein oppositionelles Blatt veröffentlichte sogar einen langen Artikel, worin dem Dr. Sahisko jede Fähigkeit als Arzt abgesprochen wurde. Diese Polemik konnte dem kronprinzlichen Paare nicht verborgen bleiben, und da nun die Geburt unerwartet eintret und die Beforgnisse um das Leben der Kronprinzessin naturgemäß im Vordergrund standen, wurde außer Dr. Sahisko noch ein anderer Arzt, Dr. Papaziti, nach Dekelea berufen. Andererseits überraschte es, daß eine der deutschen Kammerfrauen der Kronprinzessin, Frau Eckardt, sich plötzlich als geprüfte Geburtshelferin vorstellte und somit das Amt, für welches sich vielleicht Dr. Sahisko berufen glaubte, selbst übernahm. — Diese Umstände, die, wenn der König Georg oder die Kaiserin Friedrich früher eingetroffen wären, ohne jede Schwierigkeit erledigt worden wären, riefen jetzt die verschiedensten Erörterungen hervor, die sich nach griechischer Weise auch sofort einen Weg in die Presse verschafften. Dr. Sahisko hat deshalb sofort den König, ihn seines Amtes wieder zu entbinden, was jedoch der König zurückwies. Es ist nun auch eine Thatsache, daß das Fieber bei der Kronprinzessin seit Sonntag Nacht fast täglich wiederkehrt und bisweilen auch einen sehr bedenklichen Grad erreicht; trotzdem wird die Gefahr heute (am Freitag Vormittag) als beseitigt erklärt. Hiernach ist auch die telegraphische Berufung eines Berliner Arztes zu beurtheilen, wozu sich König Georg wesentlich durch diese oben angeführten unliebsamen Erörterungen entschloß, die leider in Athen in breiter Öffentlichkeit behandelt wurden.

\* [Dr. Peters.] Die Absicht der Regierung Dr. Peters in den Reichsdienst zu übernehmen war von der „Kreuzztg.“ behauptet und dann von der „Nordd. Allg. Ztg.“ mit dem Hinzufügen bestritten: „Wie wir erfahren, haben Verhandlungen mit Herrn Dr. Peters in gedachter Richtung nicht stattgefunden.“ — Darauf erwidert heute die „Kreuzztg.“: „Dieses Dementi trifft zunächst unsere Meldung formell garnicht, da wir von Verhandlungen überhaupt nicht gesprochen hatten. Auch ist es ganz selbstverständlich, daß mit einer Person, welche sich augenblicklich auf der Fahrt in afrikanischen Gewässern befindet, Verhandlungen nicht geführt werden können. Wir können zum Gebrauche für die „Nordd. Allg. Ztg.“ auch noch hinzufügen, daß Dr. Peters wahrscheinlich von den hier über ihn bestehenden Absichten selbst noch gar nichts weiß. Der Angabe der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegenüber halten wir unsere Mittheilung aber vollkommen aufrecht. Dieser







Die heutige Börse eröffnete in besserer Haltung und mit theilweise etwas besseren Courten auf speculativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die festen Notirungen der fremden Börsenplätze und andere im demselben Sinne wirkende auswärtige Nachrichten von bestimmtem Einfluß. Das Geschäft entwickelte sich anfangs ziemlich lebhaft, gestaltete sich aber später ruhiger, als der anfängliche Decksungsbegehrr zu wirken aufhörte, und gleichzeitig trat ziemlich allgemein eine kleine Abschwächung hervor. Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische Hülfe

Anlagen bei ruhigem Handel und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand durchschnittlich behaupten, blieben aber gleichfalls ruhig. Der Privatdiscont wurde mit  $3\frac{1}{2}\%$  notirt. Auf internationalem Gebiet sind österreichische Creditactien als fest und ziemlich belebt zu nennen, Franzosen steigend; Warschau-Wien schwächer. Inländische Eisenbahnactien zeigten feste Haltung bei unbedeutendem Geschäft. Bankactien fest und meistens ruhig. Industriepapiere zumeist fest und ruhig; Montanwerthe lebhafter und fester.

Druck und Verlag  
von A. W. Rafemann in Danzig.  
Hierzu eine Beilage.